

# Pressemitteilung

---

## **Solms: GEZ durch allgemeine Medienabgabe ersetzen**

**Hermann Otto Solms, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen der FDP-Bundestagsfraktion, hat die geplante Erhöhung der GEZ-Gebühren für internetfähige PC harsch kritisiert:**

„Schon die seit dem 1. Januar 2007 geltende Rundfunkgebühr für internetfähige PC ist eine unerträgliche Maßnahme, die nur zum Ziel hat, die Teilnehmer des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur Kasse zu bitten. Die jetzt in die Diskussion gebrachte Ausweitung der Gebührenpflicht auf internetfähige Geräte und die geplante Gebührenerhöhung ist wieder nur reine Geldschneiderei.“

Solms weiter: „Statt einer Gebührenpflicht für Computer brauchen wir einen grundlegenden Systemwechsel bei der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Zu diesem Systemwechsel und zu einer Abkehr von der gerätebezogenen Erhebung der Rundfunkgebühren gibt es aufgrund der fortschreitenden technischen Entwicklung meiner Ansicht nach keine Alternative.“

Solms fordert deshalb die Abschaffung der Rundfunkgebühr in ihrer bisherigen Form und die Auflösung der Gebühreneinzugszentrale (GEZ): „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte stattdessen durch eine allgemeine Medienabgabe finanziert werden, die von allen erwachsenen Bürgern mit eigenem steuerpflichtigem Einkommen getragen wird. Eine allgemeine und pauschale

# Pressemitteilung

---

Medienabgabe wäre transparent, gerecht und vor allem einfach. Sie würde für den einzelnen Bürger bei gleichem Aufkommen niedriger ausfallen als die jetzige Rundfunkgebühr.“

Die Ministerpräsidenten planen zurzeit, Bürger, die gar keinen Fernseher haben, zu GEZ-Vollzahlern zu machen, falls sie über einen Laptop oder ein internetfähiges Handy verfügen. Bislang mussten nur die deutlich niedrigeren Radiogebühren von 5,76 Euro für solche Empfangsgeräte gezahlt werden. Der monatliche Beitrag für Fernseher liegt bei etwa 18 Euro, wodurch sich die Kosten für den Nutzer verdreifachen würden. Statt über Wege nachzudenken, wie man den Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen könne, seien die Ministerpräsidenten vielmehr aufgefordert, in den öffentlich-rechtlichen Anstalten auf Sparsamkeit zu drängen, mahnte Solms.

Solms sprach sich klar gegen die Idee aus, die Beweislast umzukehren. Die Ministerpräsidenten planen nämlich, dass die Bürger in Zukunft der GEZ beweisen müssen, kein Rundfunkempfangsgerät zu besitzen, um der Rundfunkgebühr zu entgehen. Bisher liegt der Nachweis bei der GEZ, die deshalb Kontrolleure von Haustür zu Haustür schickt. Solms sagte abschließend, auch diese Art der Wohnungsschnüffelei müsse ein Ende haben.